

14. 01. 94

Fz – In

17. Seiten

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes

**zu dem Vertrag vom 16. Dezember 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Russischen Föderation**

über die Zusammenarbeit und die gegenseitige Unterstützung der Zollverwaltungen

A. Zielsetzung

Der Vertrag soll die Rechtsgrundlage für die im Interesse beider Staaten erforderliche Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung der Zollverwaltungen schaffen.

B. Lösung

Der Vertrag sieht die Zusammenarbeit der beiden Zollverwaltungen insbesondere zur Verhinderung, Ermittlung und Verfolgung von Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften der beiden Staaten vor. Gemäß Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes bedarf es eines Vertragsgesetzes als Voraussetzung für die Ratifikation.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Fristablauf: 25. 02. 94

14. 01. 94

Fz – In

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes

**zu dem Vertrag vom 16. Dezember 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Russischen Föderation
über die Zusammenarbeit und die gegenseitige Unterstützung der Zollverwaltungen**

Bundesrepublik Deutschland

Der Bundeskanzler

021 (43) – 653 04 – Zo 191/94

Bonn, den 14. Januar 1994

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von
der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 16. Dezember 1992 zwischen
der Bundesrepublik Deutschland und der Russischen Föderation
über die Zusammenarbeit und die gegenseitige Unterstützung der Zoll-
verwaltungen

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium der Finanzen.

Kohl

Fristablauf: 25. 02. 94

Entwurf**Gesetz****zu dem Vertrag vom 16. Dezember 1992
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Russischen Föderation
über die Zusammenarbeit und
die gegenseitige Unterstützung der Zollverwaltungen****Vom**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Moskau am 16. Dezember 1992 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Russischen Föderation über die Zusammenarbeit und die gegenseitige Unterstützung der Zollverwaltungen wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 19 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz**Zu Artikel 1**

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 19 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit zusätzlichen Kosten belastet, da Gegenstand des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Russischen Föderation ausschließlich die Förderung der beiderseitigen Zusammenarbeit ist.

Auf Grund der verbesserten Zusammenarbeit ist grundsätzlich tendenziell mit höheren Steuereinnahmen zu rechnen. Die dadurch erzielten Mehreinnahmen sind aber zahlenmäßig auf Einzelfälle beschränkt und vom Umfang her gemessen am Steueraufkommen im gesamten grenzüberschreitenden Verkehr so gering, daß davon keine spürbaren Veränderungen des Nachfrageverhaltens und insoweit auch keine meßbaren preislichen Auswirkungen ausgelöst werden.

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Russischen Föderation
über die Zusammenarbeit und
die gegenseitige Unterstützung der Zollverwaltungen

Договор
между Федеративной Республикой Германией
и Российской Федерацией
о Сотрудничестве и взаимопомощи Таможенных Служб

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Russische Föderation –

Федеративная Республика Германия
и
Российская Федерация

im Geiste des Vertrags vom 9. November 1990 über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken,

in der Absicht, die nachbarlichen Beziehungen auch durch die Zusammenarbeit in Zollangelegenheiten zu vertiefen,

in dem Bestreben, durch die Zusammenarbeit der Zollverwaltungen den Warenverkehr zwischen den beiden Staaten zu erleichtern und zu beschleunigen,

in der Erwägung, daß Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften die wirtschaftlichen, steuerlichen und andere wichtige Interessen ihrer Staaten beeinträchtigen,

unter Berücksichtigung des Übereinkommens vom 20. Dezember 1988 gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen,

in der Überzeugung, daß die Beachtung der Zollvorschriften und die Bekämpfung von Zollzuwiderhandlungen durch die Zusammenarbeit der Zollverwaltungen erfolgreicher gestaltet werden können –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Vertrags sind:

1. „Zollvorschriften“ alle Rechtsvorschriften über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waren, Hand- und Reisegepäck sowie internationale Postsendungen, die sich auf Zölle und alle sonstigen Ein- und Ausfuhrabgaben oder -vergünstigungen oder auf Verbote, Beschränkungen, Genehmigungen und Kontrollen des Warenverkehrs über die Grenzen beziehen;
2. „Zollverwaltungen“ in der Bundesrepublik Deutschland die Bundeszollverwaltung und in der Russischen Föderation das Staatliche Zollkomitee der Russischen Föderation;
3. „Zollzuwiderhandlungen“ sowohl vollendete als auch versuchte Verstöße gegen die Zollvorschriften;
4. „Suchtstoffe“ Stoffe, die unter das Einheitsübereinkommen von 1961 vom 30. März 1961 über Suchtstoffe in seiner jeweils geltenden Fassung fallen;

в духе Договора о добрососедстве, партнерстве и сотрудничестве между Федеративной Республикой Германией и Союзом Советских Социалистических Республик от 9 ноября 1990 года,

желая углублять добрососедские отношения, также и посредством сотрудничества в области таможенного дела,

стремясь путем сотрудничества таможенных служб способствовать облегчению и ускорению перемещения товаров между обоими государствами,

имея в виду, что нарушения таможенных законов и правил наносят ущерб экономическим, налоговым и другим важным интересам их государств,

принимая во внимание Конвенцию от 20 декабря 1988 года о незаконном обороте наркотических средств и психотропных веществ,

убежденные в том, что соблюдение таможенных законов и правил и борьба с таможенными нарушениями могут более успешно осуществляться при сотрудничестве таможенных служб,

договорились о нижеследующем:

Статья 1

Определения

В целях настоящего Договора:

1. „Таможенные законы и правила“ – все законы и правила о ввозе, вывозе и транзите товаров, ручной клади и багажа, международных почтовых отправлениях, касающиеся взимания таможенных пошлин и иных ввозных и вывозных платежей или льгот, запретов, ограничений и разрешений, контроля передвижения товаров через границу;
2. „Таможенные службы“ – в Федеративной Республике Германии – Федеральное таможенное управление и в Российской Федерации – Государственный таможенный комитет Российской Федерации.
3. „Таможенные нарушения“ – любые нарушения или попытки нарушений таможенных законов и правил.
4. „Наркотические средства“ – вещества, включенные в списки Единой Конвенции ООН от 30 марта 1961 года о наркотических веществах (с последующими изменениями и дополнениями);

5. „Psychotrope Stoffe“, die unter das Übereinkommen vom 21. Februar 1971 über psychotrope Stoffe in seiner jeweils geltenden Fassung fallen.

Artikel 2

Anwendungsbereich

(1) Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien leisten sich gegenseitig im Rahmen ihrer Zuständigkeiten nach Maßgabe ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Unterstützung nach diesem Vertrag, um

- a) den Warenverkehr zwischen beiden Staaten durch die Zusammenarbeit zu erleichtern und zu beschleunigen;
- b) eine genaue Erhebung der Zölle und der sonstigen Ein- und Ausfuhrabgaben sowie eine zutreffende Anwendung von Ein- und Ausfuhrvergünstigungen sicherzustellen;
- c) Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften zu verhindern, zu ermitteln und zu verfolgen.

(2) Dieser Vertrag läßt die Zusammenarbeit aufgrund anderer Übereinkünfte und Vorschriften unberührt, insbesondere auch über die justizielle Rechtshilfe in Strafsachen.

Artikel 3

Erleichterungen der Zollformalitäten

(1) Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien arbeiten gemäß den Bestimmungen dieses Vertrags und im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften zusammen. Sie treffen im gegenseitigen Einvernehmen die erforderlichen Maßnahmen, um Zollformalitäten zu vereinfachen und dadurch den Warenverkehr zwischen den beiden Staaten zu erleichtern und zu beschleunigen.

(2) Die Zuständigkeiten der Europäischen Gemeinschaften bleiben unberührt.

Artikel 4

Formen der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Unterstützung

(1) Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien erteilen einander unaufgefordert oder auf Ersuchen alle erforderlichen Auskünfte gemäß den Artikeln 5, 6, 7, 8 und 9 dieses Vertrags.

(2) Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien

- a) tauschen Erfahrungen hinsichtlich ihrer Tätigkeiten sowie Erkenntnisse über neue Mittel und Methoden der Begehung von Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften aus;
- b) unterrichten sich gegenseitig über wesentliche Änderungen ihrer Zollvorschriften sowie die von ihnen angewandten technischen Hilfsmittel und Methoden und erörtern andere Fragen von beiderseitigem Interesse.

Artikel 5

Bekämpfung des unerlaubten Verkehrs mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen

(1) Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien teilen einander zur Intensivierung der Verhinderung, Ermittlung und Verfolgung des Schmuggels und illegalen Handels mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen ohne Ersuchen so schnell wie möglich alle erforderlichen Auskünfte mit über

- a) Personen, von denen bekannt ist oder die im Verdacht stehen, daß sie sich mit dem Schmuggel oder illegalen Handel von Suchtstoffen und psychotropen Stoffen befassen;

5. „Психотропные вещества“ – вещества, включенные в списки Конвенции ООН от 21 февраля 1971 года о психотропных веществах (с последующими изменениями и дополнениями).

Статья 2

Сфера применения

1. Таможенные службы Договаривающихся Сторон оказывают друг другу содействие на основании настоящего Договора в рамках их компетенции и при соблюдении внутреннего законодательства, в целях:

- a) облегчения и ускорения посредством сотрудничества перемещения товаров между двумя государствами;
- b) обеспечения точного взимания таможенных пошлин и иных ввозных и вывозных платежей, а также правильного применения импортных и экспортных льгот;
- в) пресечения, дознания и расследования нарушений таможенных законов и правил.

2. Настоящий Договор не затрагивает сотрудничества, основанного на иных договорных обязательствах и предписаниях, в частности, касающихся также оказания правовой помощи по уголовным делам.

Статья 3

Упрощение таможенных формальностей

1. Таможенные службы Договаривающихся Сторон сотрудничают в соответствии с положениями настоящего Договора и в рамках действующего у них внутреннего законодательства. Они принимают по обоюдному согласию необходимые меры по упрощению таможенных формальностей в целях облегчения и ускорения перемещения товаров между обоими государствами.

2. Компетенция Европейских Сообществ не затрагивается.

Статья 4

Формы сотрудничества и взаимопомощи

1. Таможенные службы Договаривающихся Сторон передают друг другу по собственной инициативе или по запросу всю необходимую информацию согласно статьям 5, 6, 7, 8, 9 настоящего Договора.

2. Таможенные службы Договаривающихся Сторон:

- a) обмениваются опытом, касающимся их деятельности, и информацией о новых средствах и методах совершения нарушений таможенных законов и правил;
- b) сообщают друг другу о существенных изменениях их таможенных законов и правил, а также о применяемых ими технических средствах контроля и методах их использования, а также обсуждают другие вопросы, представляющие взаимный интерес.

Статья 5

Борьба с незаконным оборотом наркотических средств и психотропных веществ

1. Таможенные службы Договаривающихся Сторон с целью активизации действий по пресечению, дознанию и расследованию контрабанды и незаконной торговли наркотическими средствами и психотропными веществами по собственной инициативе и в возможно короткий срок сообщают друг другу всю необходимую информацию о:

- a) лицах, о которых известно, что они занимаются контрабандой или незаконной торговлей наркотическими средствами и психотропными веществами или которые подозреваются в этом;

b) Land-, Wasser- und Luftfahrzeuge, Container und Packstücke, von denen bekannt ist oder die im Verdacht stehen, daß sie zum Schmuggel oder illegalen Handel von Suchtstoffen und psychotropen Stoffen verwendet werden.

(2) Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien erteilen sich gegenseitig auch unaufgefordert Auskünfte über die beim Schmuggel und illegalen Handel mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen angewandten Methoden und Verfahren sowie über Erfolge neuer Kontrollmethoden.

(3) Die nach den Absätzen 1 und 2 erhaltenen Auskünfte, Mitteilungen und Schriftstücke dürfen an andere mit der Bekämpfung der Rauschgiftsucht und des illegalen Handels mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen befaßte Verwaltungen und Strafverfolgungsbehörden der Vertragsparteien weitergegeben werden, soweit dies zu deren Aufgabenerfüllung erforderlich ist.

(4) Auf der Grundlage des innerstaatlichen Rechts verwirklichen die Zollverwaltungen der Vertragsparteien erforderlichenfalls die Methode der kontrollierten Lieferung von Suchtstoffen und psychotropen Stoffen, um die am Schmuggel oder illegalen Handel beteiligten Personen zu ermitteln. Entscheidungen über die Anwendung der Methode der kontrollierten Lieferung, die in jedem einzelnen Fall getroffen werden, können erforderlichenfalls auch finanzielle Absprachen enthalten, soweit dies nach innerstaatlichem Recht der Vertragsparteien zulässig und möglich ist.

(5) Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien können den Anwendungsbereich dieses Vertrags auch auf Substanzen ausdehnen, die zur Herstellung von Suchtstoffen und psychotropen Stoffen verwendet werden.

Artikel 6

Bekämpfung des illegalen Verkehrs mit Waren von besonderer Bedeutung

Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien erteilen einander unaufgefordert und schnellstmöglich alle erforderlichen Informationen über festgestellte Handlungen (geplant oder vollendet), die gegen die Zollvorschriften einer der Vertragsparteien verstoßen oder verstoßen können, auf den Gebieten

- a) des Verkehrs mit Waffen, Munition, Sprengstoffen und Sprengvorrichtungen;
- b) des Verkehrs mit Kunstgegenständen und Antiquitäten von für eine der Vertragsparteien besonders bedeutendem historischen, künstlerischen oder archäologischen Wert;
- c) der Ein-, Aus- und Durchfuhr von Giftstoffen und umwelt- oder die Volksgesundheit belastenden Stoffen;
- d) des Verkehrs mit hoch zu verzollenden oder hochsteuerbaren Waren;
- e) des Verkehrs mit Waren von erheblicher Bedeutung, die außertarifären Beschränkungen unterliegen, entsprechend den zwischen den Vertragsparteien abgestimmten Verzeichnissen.

Artikel 7

Erteilung von Auskünften und Bescheinigungen

(1) Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien erteilen einander auf Ersuchen, insbesondere durch Übersenden von Berichten, Niederschriften oder beglaubigten Kopien von Schriftstücken oder sonstigen Unterlagen, alle erforderlichen Auskünfte über

b) наземных, водных и воздушных транспортных средствах, контейнерах и багажных или грузовых местах, о которых известно, что они используются для контрабанды наркотических средств и психотропных веществ или подозреваются в этом.

2. Таможенные службы Договаривающихся Сторон сообщают друг другу также по собственной инициативе информацию о применяемых способах и ухищрениях при контрабанде и незаконной торговле наркотическими средствами и психотропными веществами, а также об эффективности новых методов контроля.

3. Полученные в соответствии с пунктами 1 и 2 настоящей статьи информация, сообщения и документы могут передаваться правоохранительным и другим государственным органам Договаривающихся Сторон, занимающимся борьбой с наркоманией и незаконной торговлей наркотическими средствами и психотропными веществами, насколько это необходимо для выполнения задач упомянутых органов.

4. На основе внутреннего законодательства таможенные службы Договаривающихся Сторон используют, при необходимости, метод контролируемой поставки наркотических средств и психотропных веществ с целью выявления лиц, причастных к их контрабанде или незаконной торговле. Решения об использовании метода контролируемой поставки, принимаемые в каждом отдельном случае, могут, при необходимости, учитывать финансовые договоренности в той мере, в какой это возможно и допустимо в соответствии с внутренним законодательством Договаривающихся Сторон.

5. Таможенные службы Договаривающихся Сторон могут расширить сферу применения этого Договора и на вещества, которые применяются для производства наркотических средств и психотропных веществ.

Статья 6

Борьба с незаконным оборотом товаров, имеющих особо важное значение

Таможенные службы Договаривающихся Сторон передают друг другу по собственной инициативе и незамедлительно всю необходимую информацию об установленных действиях (готовящихся или совершенных), которые нарушают или могут нарушить таможенные законы и правила одной из Договаривающихся Сторон в области:

- a) перемещения оружия, боеприпасов, взрывчатых веществ и взрывных устройств;
- b) перемещения предметов старины и искусства, представляющих значительную историческую, художественную или археологическую ценность для одной из Договаривающихся Сторон;
- в) ввоза, вывоза и транзита ядовитых веществ, а также веществ, представляющих опасность для окружающей среды и здоровья людей;
- г) перемещения товаров, облагаемых высокими таможенными пошлинами или налогами;
- д) перемещения товаров, имеющих особо важное значение, которые подвергаются нетарифным ограничениям в соответствии с перечнями, согласованными таможенными службами Договаривающихся Сторон.

Статья 7

Передача информации и свидетельства

1. Таможенные службы Договаривающихся Сторон передают друг другу по запросу – в том числе путем пересылки сообщений, протоколов или заверенных копий документов и иных официальных бумаг – всю необходимую информацию о:

- a) Umstände, die geeignet sind, die genaue Erhebung der Zölle und der sonstigen Ein- und Ausfuhrabgaben sowie eine zutreffende Anwendung von Ein- und Ausfuhrvergünstigungen sicherzustellen;
- b) festgestellte Handlungen (geplant oder vollendet), die gegen die Zollvorschriften der ersuchenden Vertragspartei verstoßen oder verstoßen können.

(2) Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien erteilen sich gegenseitig auf Ersuchen jede erforderliche Bescheinigung, durch die bestätigt wird, daß Waren, die aus dem Hoheitsgebiet einer Vertragspartei ausgeführt wurden, ordnungsgemäß in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eingeführt worden sind; in der Bescheinigung werden Art und Daten des Zollverfahrens angegeben, zu dem die Waren abgefertigt worden sind. Dies gilt auch für Fälle, in denen die Waren aus dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei wieder ausgeführt wurden.

(3) Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien erteilen auf Ersuchen auch Auskünfte, ob die den Zollbehörden vorgelegten Urkunden und Schriftstücke echt und inhaltlich zutreffend sind.

Artikel 8

Zustellung/Bekanntgabe von Schriftstücken

(1) Die Zollverwaltung einer Vertragspartei wird auf Ersuchen der Zollverwaltung der anderen Vertragspartei unter Beachtung des jeweils geltenden Rechts dem Adressaten alle die Anwendung der Zollvorschriften betreffenden Bescheide und Entscheidungen der ersuchenden Zollverwaltung zustellen oder auf andere Art bekanntgeben.

(2) In einem Zustellungs- oder Bekanntgabeersuchen ist abweichend von Artikel 10 eine Sachverhaltsdarstellung entbehrllich.

(3) Die Zustellung oder Bekanntgabe eines Schriftstücks wird durch eine mit der Angabe des Zustellungs- oder Bekanntgabetermins versehene Empfangsbestätigung des Adressaten oder durch eine Bescheinigung der ersuchten Zollverwaltung über die Form und die Zeit der Zustellung oder Bekanntgabe nachgewiesen.

Artikel 9

Ermittlungen

Auf Ersuchen der Zollverwaltung einer Vertragspartei führt die Zollverwaltung der anderen Vertragspartei nach Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben b und c Überprüfungen, Feststellungen oder Ermittlungen durch und teilt das Ergebnis der ersuchenden Zollverwaltung entsprechend Artikel 7 Absatz 1 mit.

Artikel 10

Form und Inhalt der Ersuchen

(1) Das Ersuchen ist schriftlich in der Amtssprache der ersuchenden Vertragspartei zu stellen, wobei eine Übersetzung in die Amtssprache der ersuchten Vertragspartei möglichst beizufügen ist. Die zur Durchführung des Ersuchens erforderlichen Schriftstücke sind in einer der folgenden Formen beizufügen: Urschrift, Ausfertigung der Urschrift, beglaubigte Ablichtung.

(2) Das Ersuchen oder die ihm nach Absatz 1 beizufügenden Schriftstücke sollen folgende Angaben enthalten:

- a) die Zollbehörde, auf deren Initiative das Ersuchen gestellt wird;
- b) die Darstellung des Sachverhalts sowie der rechtlichen und tatsächlichen Gründe des Ersuchens;

a) обстоятельства, которые могут позволить точно взимать таможенные пошлины и иные ввозные и вывозные платежи, а также определять правильность применения импортных и экспортных льгот;

b) установленных действиях (готовящихся или совершенных), которые противоречат или могут противоречить таможенным законам и правилам запрашивающей Договаривающейся Стороны.

2. Таможенные службы Договаривающихся Сторон выдают друг другу по запросу любое свидетельство, подтверждающее, что товары, которые вывезены с территории одной Договаривающейся Стороны, ввезены законно на территорию другой Договаривающейся Стороны. В свидетельстве указывается вид и результаты таможенных процедур, в соответствии с которыми оформлялись товары. Это касается также тех случаев, когда товары реэкспортируются с территории другой Договаривающейся Стороны.

3. Таможенные службы Договаривающихся Сторон представляют друг другу по запросу также информацию о том, что представленные таможенными органами свидетельства и иные документы подлинны и содержат все необходимые атрибуты.

Статья 8

Вручение документов или доведение их до сведения

1. Таможенная служба одной Договаривающейся Стороны по запросу таможенной службы другой Договаривающейся Стороны в соответствии с действующим законодательством вручает адресату все уведомления и решения запрашивающей таможенной службы, касающиеся применения таможенных законов и правил, или иным образом доводит их содержание до сведения адресата.

2. В запросах о вручении документов или доведении их до сведения в отличие от требований статьи 10 настоящего Договора существо дела может не описываться.

3. Вручение документов или доведение их до сведения должно иметь подтверждение адресата или свидетельство запрошенной таможенной службы о вручении или доведении до сведения с указанием формы и времени передачи.

Статья 9

Расследование

По запросу таможенной службы одной Договаривающейся Стороны таможенная служба другой Договаривающейся Стороны проводит проверку, дознание или иным образом устанавливает факты в соответствии с подпунктами „b“ и „c“ пункта 1 статьи 2 настоящего Договора и сообщает о результатах запрашивающей таможенной службе в соответствии с пунктом 1 статьи 7 настоящего Договора.

Статья 10

Форма и содержание запроса

1. Запрос делается в письменной форме на официальном языке запрашивающей Договаривающейся Стороны с приложением, по возможности, перевода на официальный язык запрашиваемой Договаривающейся Стороны. Необходимые для выполнения запроса документы должны прилагаться в следующем виде: подлинник или один из экземпляров подлинника, или заверенная фотокопия.

2. Запрос или прилагаемые к нему на основании пункта 1 настоящей статьи документы должны содержать следующие данные:

- a) таможенный орган, по инициативе которого делается запрос;
- b) изложение существа дела, юридических и фактических причин запроса;

c) die erforderlichen Angaben über beteiligte natürliche und juristische Personen.

v) необходимые сведения о причастных физических и юридических лицах.

Artikel 11

Geschäftsweg und Zuständigkeit

(1) Die in diesem Vertrag vorgesehene Unterstützung findet unmittelbar zwischen den Zollverwaltungen der Vertragsparteien statt.

(2) Ist die ersuchte Zollverwaltung für die erbetene Unterstützung nicht zuständig, so unterrichtet sie hiervon die ersuchende Zollverwaltung und leitet das Ersuchen mit deren Zustimmung an die zuständigen Behörden weiter.

Artikel 12

Erladigung des Ersuchens

(1) Bei der Durchführung der Unterstützungsmaßnahmen und bei der Erladigung der Ersuchen sind die Rechtsvorschriften der ersuchten Vertragspartei anzuwenden. Dabei gilt die Übermittlung der Kopien von Schriftstücken und sonstigen Unterlagen als eine Art der Auskunftserteilung. Bei Überprüfungen und Ermittlungen verfährt die ersuchte Zollverwaltung, jedoch ohne Zwangsmaßnahmen wie Beschlagnahmen und Durchsuchungen, so, als ob sie in Erfüllung eigener Aufgaben handeln würde.

(2) Soweit dem Ersuchen nicht entsprochen werden kann, ist die ersuchende Zollverwaltung hierüber unter Angabe der Gründe und der sonst bekanntgewordenen Umstände, die für die Weiterführung der Sache von Bedeutung sein könnten, zu benachrichtigen.

Artikel 13

Verwendung der erhaltenen Auskünfte

Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien dürfen die nach diesem Vertrag erhaltenen Auskünfte und Schriftstücke ausschließlich in internen Verfahren der Zollbehörden sowie in Gerichtsverfahren, einschließlich der Verfahren, die von der Staatsanwaltschaft oder unter ihrer Aufsicht geführt werden, als Beweismittel benutzen. Der Beweiswert dieser Auskünfte und Schriftstücke sowie ihre Verwendung vor Gericht richten sich nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, die eine Verwendung betreibt.

Artikel 14

Übermittlung personenbezogener Daten

Die Übermittlung von personenbezogenen Daten aufgrund dieses Vertrags erfolgt nach Maßgabe des nationalen Rechts jeder Vertragspartei und unterliegt den in der Anlage zu diesem Vertrag aufgeführten Regelungen.

Artikel 15

Ausnahmen von der Verpflichtung zur Unterstützung

(1) Ist die ersuchte Zollverwaltung der Ansicht, daß die Erladigung eines Ersuchens geeignet ist, die Souveränität, die Sicherheit, die öffentliche Ordnung (*ordre public*) oder andere wesentliche Interessen ihres Staates zu beeinträchtigen, so kann sie die Unterstützung ganz oder teilweise verweigern oder von der Einhaltung bestimmter Bedingungen abhängig machen.

(2) Wird ein Ersuchen um Unterstützung gestellt, welche die ersuchende Zollverwaltung im umgekehrten Fall zu leisten nicht imstande wäre, so hat sie in dem Ersuchen darauf hinzuweisen. Der ersuchten Zollverwaltung steht es frei, einem derartigen Ersuchen zu entsprechen.

Статья 11

Порядок оказания помощи и компетенция

1. Предусмотренная настоящим Договором помощь оказывается непосредственно таможенными службами Договаривающихся Сторон.

2. Если запрошенная таможенная служба получает запрос, не входящий в ее компетенцию, то она ставит об этом в известность запрашивающую таможенную службу и передает с ее согласия запрос соответствующему компетентному органу.

Статья 12

Выполнение запроса

1. При проведении мероприятий по оказанию помощи и выполнению запроса применяются законы и правила запрашиваемой Договаривающейся Стороны. При этом передача копий документов и иных официальных бумаг является одним из видов передачи информации. При проверке и дознании запрошенная таможенная служба действует так же, как и при выполнении ее собственных задач, однако без применения принудительных мер, таких как конфискация и обыск.

2. Если запрос не может быть выполнен, то запрошенная таможенная служба сообщит об этом с указанием причин отказа и других ставших известными обстоятельствах, которые имеют значение для дела.

Статья 13

Использование полученной информации

Таможенные службы Договаривающихся Сторон могут использовать полученную в соответствии с настоящим Договором информацию и документацию в качестве доказательства только во внутренних процедурах таможенных органов, а также судопроизводстве, в том числе в производстве, которое ведется прокуратурой или под ее надзором. Доказательная сила указанной информации и документации, а также возможность их использования в суде определяются внутренним законодательством использующей их Договаривающейся Стороны.

Статья 14

Передача сведений о физических лицах

Передача сведений о физических лицах на основании настоящего Договора производится в соответствии с внутренним законодательством каждой из Договаривающихся Сторон и регулируется положениями, приведенными в приложении к настоящему Договору.

Статья 15

Исключения из обязательства о взаимопомощи

1. Если запрошенная таможенная служба считает, что выполнение запроса может нанести ущерб суверенитету, безопасности, публичному порядку (*ordre public*) или иным существенным интересам своего государства, то она может отказать в помощи полностью или частично или поставить выполнение запроса в зависимость от соблюдения определенных условий.

2. Если направляется запрос о помощи, которая не могла бы быть оказана запрашивающей Договаривающейся Стороной в случае аналогичного запроса к ней, то в запросе это необходимо указать. Решение о выполнении такого запроса принимается запрошенной таможенной службой.

Artikel 16**Kosten**

Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien erstatten sich gegenseitig nur die Auslagen für Zeugen, Sachverständige sowie für freiberufliche Dolmetscher und Übersetzer.

Artikel 17**Durchführung des Vertrags**

(1) Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien erlassen nach entsprechender Abstimmung die zur Anwendung dieses Vertrags erforderlichen Durchführungsbestimmungen.

(2) Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen durch die Zollverwaltungen der Vertragsparteien gelöst werden. Dies schließt den diplomatischen Weg nicht aus.

Artikel 18**Räumlicher Geltungsbereich**

Dieser Vertrag gilt im Zollgebiet der Bundesrepublik Deutschland und im Zollgebiet der Russischen Föderation.

Artikel 19**Ratifikation, Inkrafttreten, Kündigung**

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jede Vertragspartei kann den Vertrag kündigen, indem sie ihren Wunsch nach Beendigung seiner Geltung unter Einhaltung einer Frist von zwölf Monaten schriftlich notifiziert.

Geschehen zu Moskau am 16. Dezember 1992 in zwei Urschriften, jede in deutscher und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Статья 16**Расходы**

Таможенные службы Договаривающихся Сторон возмещают друг другу только расходы на свидетелей, экспертов, а также внештатных устных и письменных переводчиков.

Статья 17**Выполнение Договора**

1. Таможенные службы Договаривающихся Сторон в согласованном порядке принимают необходимые для выполнения настоящего Договора распоряжения и инструкции.

2. Разногласия в толковании или применении настоящего Договора разрешаются таможенными службами Договаривающихся Сторон. Это не исключает использование дипломатических каналов.

Статья 18**Территориальное действие Договора**

Настоящий Договор действует на таможенной территории Федеративной Республики Германии и на таможенной территории Российской Федерации.

Статья 19**Ратификация, вступление в силу и денонсация**

1. Настоящий Договор подлежит ратификации; обмен ратификационными грамотами состоится в возможно короткий срок в Бонне.

2. Настоящий Договор вступает в силу через один месяц после обмена ратификационными грамотами.

3. Договор заключается на неопределенный срок. Каждая из Договаривающихся Сторон может денонсировать его, направив за 12 месяцев письменное уведомление о своем намерении прекратить его действие.

Совершено в Москве 16 декабря 1992 года в двух экземплярах, каждый на немецком и русском языках, причем оба текста имеют одинаковую силу.

Für die Bundesrepublik Deutschland
За Федеративную Республику Германию
Klaus Blech
Theo Waigel

Für die Russische Föderation
За Российскую Федерацию
A. W. Kosyrew

Anlage

Приложение

**Regelungen,
die für die Zollverwaltungen der Vertragsparteien
bei der Übermittlung von personenbezogenen Daten gelten**

1. Die Nutzung der Daten durch die empfangende Zollverwaltung ist nur zu dem angegebenen Zweck und zu den durch die übermittelnde Zollverwaltung vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.
2. Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Zollverwaltung auf deren Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
3. Personenbezogene Daten dürfen ausschließlich an die zuständigen Zollbehörden und, soweit dies für die Zwecke der Strafverfolgung erforderlich ist, auch an die Staatsanwaltschaft und die Gerichte übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Verwaltungen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Zollverwaltung erfolgen.
4. Die übermittelnde Zollverwaltung ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf ihre Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen nationalen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, daß unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung der Daten vorzunehmen.
5. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, daß das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Das Recht auf Auskunftserteilung richtet sich im übrigen nach dem nationalen Recht.
6. Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustausches nach diesem Vertrag durch eine rechtswidrige Handlung geschädigt, haftet ihm hierfür die empfangende Zollverwaltung nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, daß der Schaden durch die übermittelnde Zollverwaltung verursacht worden ist.
7. Die übermittelnde Zollverwaltung weist bei der Übermittlung auf die nach ihrem innerstaatlichen Recht geltenden Löschungsfristen hin.
8. Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
9. Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, gegen Änderungen ohne Zustimmung der übermittelnden Zollverwaltung und gegen unbefugte Weitergabe zu schützen.

**Положения
о передаче сведений о физических лицах,
которыми руководствуются таможенные службы
Договаривающихся Сторон**

1. Таможенная служба может использовать полученные сведения о физических лицах только в указанных целях и на условиях, определенных передающей их таможенной службой.
2. По запросу получатель сообщает таможенной службе, передавшей сведения, об их использовании и достигнутых при этом результатах.
3. Сведения о физических лицах могут передаваться только компетентным таможенным органам и, если это необходимо для уголовного преследования, также прокуратуре и суду. Последующая передача другим органам разрешается только с предварительного согласия передавшей эти сведения таможенной службы.
4. Передающая таможенная служба обязана следить за правильностью передаваемых сведений, а также за необходимостью их передачи и соответствием указанной цели. При этом соблюдаются запреты, действующие в соответствии с внутренним законодательством каждой из Договаривающихся Сторон, на передачу сведений о физических лицах. Если выясняется, что переданы неправильные или не подлежащие передаче сведения, то об этом незамедлительно сообщается получателю, который обязан произвести исправление или уничтожение сведений.
5. Соответствующему лицу по его просьбе выдается информация об имеющихся в отношении него сведениях, а также информация о целях их использования. Информация может не выдаваться, если окажется, что интересы государства в отказе выдачи информации преобладают над интересом соответствующего лица в получении информации. В остальном права соответствующего лица, связанные с такой информацией, определяются внутренним законодательством.
6. Если вследствие обмена сведениями в рамках настоящего Договора кому-либо будет нанесен противоправный ущерб, то получившая эти сведения таможенная служба несет ответственность по ее внутреннему законодательству. Она не может в качестве оправдания перед потерпевшим сослаться на то, что ущерб причинен таможенной службой, передавшей информацию.
7. При передаче сведений передающая таможенная служба указывает на сроки их хранения, действующие в соответствии с ее внутренним законодательством, после истечения которых эти сведения подлежат уничтожению.
8. Таможенные службы Договаривающихся Сторон обязаны документально зафиксировать передачу и получение сведений, касающихся физических лиц.
9. Таможенные службы Договаривающихся Сторон обязаны защищать переданные сведения о физических лицах от неправомерного доступа, внесения в них изменений без согласия передающей таможенной службы, а также от неправомерной последующей передачи.

**Vereinbarte Protokollnotiz
zu dem Vertrag vom 16. Dezember 1992
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Russischen Föderation
über die Zusammenarbeit und
die gegenseitige Unterstützung der Zollverwaltungen**

Die Vertragsparteien gehen davon aus, daß Artikel 5 Absatz 4 Satz 2 und Artikel 8 nach Schaffung der innerstaatlichen Rechtsvoraussetzungen zu deren praktischen Realisierung angewandt werden, worüber sich die Vertragsparteien gegenseitig in Kenntnis setzen werden.

**Согласованная Протокольная Запись
к Договору между Федеративной Республикой
Германией
и Российской Федерацией
о сотрудничестве и взаимопомощи таможенных
служб
от 16 декабря 1992 года**

Договаривающиеся Стороны исходят из того, что часть 2 пункта 4 статьи 5 и статья 8 будут применяться после создания необходимых правовых предпосылок для их практической реализации, о чем Договаривающиеся Стороны проинформируют друг друга.

Denkschrift zum Vertrag

I. Allgemeines

Mit dem Übergang zur marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung in Mittel- und Osteuropa wachsen die wirtschaftlichen Verflechtungen auch im Verhältnis zu diesen Staaten. Damit verbunden ist ein stetig zunehmender zwischenstaatlicher Warenaustausch, zu dessen Vereinfachung und Beschleunigung wesentliche Erleichterungen bei der Grenzabfertigung eingeführt worden sind beziehungsweise werden. Diese Entwicklung erfordert im Interesse der am Außenhandel Beteiligten und ihrer Staaten eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit der Zollverwaltungen. Die Bundesrepublik Deutschland und die ehemalige Sowjetunion, die durch die Russische Föderation fortgesetzt wird, sind Mitglieder des Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens – Brüsseler Zollrat – (vgl. BGBl. 1952 II S. 1, 19; 1953 II S. 1; 1991 II, S. 1068) und arbeiten in diesem Rahmen bereits zusammen. Die Möglichkeiten der gegenseitigen Unterstützung bei der Bekämpfung von Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften und der Zusammenarbeit in anderen Zollangelegenheiten auf der Grundlage der Empfehlungen des Brüsseler Zollrats sind wegen der Vielzahl der Mitgliedstaaten (zur Zeit 125) aber sehr eingeschränkt.

Grundlage für die Erhebung von Zöllen und anderen Eingangs- und Ausgangsabgaben, für die Erstattungen nach den Marktordnungsvorschriften sowie für die Überwachung der Einhaltung der Vorschriften über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waren bilden die Angaben des Anmeldepflichtigen. Die Richtigkeit dieser Angaben kann im innerstaatlichen Bereich häufig nicht wirksam überprüft werden. Ohne eine enge Zusammenarbeit der Zollverwaltungen wären z. B. zuverlässige Ermittlungen des Ursprungs, des Transportweges, des Wertes, der Beschaffenheit von eingeführten Waren oder des Verbleibs von ausgeführten Waren vielfach nicht durchführbar. Dies würde in erster Linie internationalen Gesetzesbrechern zugute kommen, die als Intelligenztäter bei ihren illegalen zwischenstaatlichen Warengeschäften meist normale Geschäfts- und Verkehrswege benutzen, dabei aber die Zollverwaltungen durch Falschanmeldungen verschiedenster Art zu täuschen versuchen. Hierzu werden nicht selten gefälschte Urkunden, Rechnungen und andere Unterlagen vorgelegt oder zeit- und kostenaufwendige Transportwege über mehrere Staaten gewählt, um die tatsächliche Herkunft oder den Verbleib von Waren und andere relevante Umstände zu verschleiern und dadurch die Aufklärung des Sachverhaltes zu verhindern. Ziel der gegenseitigen Unterstützung der Zollverwaltungen ist deshalb, die genaue Erhebung der Zölle und der sonstigen Ein- und Ausgangsabgaben sowie die Einhaltung der Zollvorschriften sicherzustellen. Es soll ermöglicht werden, Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften auch jenseits der Grenzen zu verhindern, wirksamer ermitteln und verfolgen zu können. Die Zusammenarbeit dient nicht nur den fiskalischen Interessen, sondern zugleich den berechtigten Belangen der Wirtschaft und Landwirtschaft, weil illegale Ein- und Ausfuhr geeignet sind, den fairen Wettbewerb zu beeinträchtigen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat deshalb bereits eine Anzahl von vertraglichen Vereinbarungen geschlossen,

um eine wirksame Zusammenarbeit der Zollverwaltungen zu ermöglichen:

- a) das Übereinkommen vom 7. September 1967 zwischen Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden über die gegenseitige Unterstützung ihrer Zollverwaltungen (BGBl. 1969 II S. 65), dem das Königreich Dänemark, Irland, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, Griechenland, Portugal und Spanien beigetreten sind,
- b) die Verträge vom 11. September 1970 und 12. Dezember 1979 mit Österreich über Rechts- und Amtshilfe in Zoll-, Verbrauchsteuer- und Monopolangelegenheiten (BGBl. 1971 II S. 1001; 1980 II S. 1244),
- c) die Verträge vom 18. Dezember 1972 und 31. Oktober 1975 mit Schweden über die gegenseitige Unterstützung in Zollangelegenheiten (BGBl. 1973 II S. 1241; 1976 II S. 1671),
- d) den Vertrag vom 23. April 1973 mit den Vereinigten Staaten von Amerika über die gegenseitige Unterstützung ihrer Zollverwaltungen (BGBl. 1975 II S. 445),
- e) den Vertrag vom 2. April 1974 mit Jugoslawien über die gegenseitige Unterstützung zur Verhinderung, Ermittlung und Verfolgung von Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften (BGBl. 1975 II S. 409),
- f) den Vertrag vom 11. Juli 1974 mit Norwegen über die gegenseitige Unterstützung in Zollangelegenheiten (BGBl. 1975 II S. 757),
- g) den Vertrag vom 16. Mai 1975 mit Finnland über die gegenseitige Unterstützung in Zollangelegenheiten (BGBl. 1976 II S. 545),
- h) den Vertrag vom 11. Oktober 1977 mit Island über die gegenseitige Unterstützung in Zollangelegenheiten (BGBl. 1978 II S. 853),
- i) den Vertrag vom 10. September 1984 mit Kanada über die gegenseitige Unterstützung und die Zusammenarbeit ihrer Zollverwaltungen (BGBl. 1985 II S. 826),
- j) den Vertrag vom 18. Dezember 1991 mit Ungarn über die gegenseitige Unterstützung der Zollverwaltungen (BGBl. 1993 II S. 115),
- k) den Vertrag vom 29. Juli 1992 mit Polen über die Zusammenarbeit und die gegenseitige Unterstützung der Zollverwaltungen (Ratifizierung noch nicht abgeschlossen).

Nachdem bereits im Jahr 1991 erste Kontaktgespräche und Verhandlungen mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken stattgefunden hatten, wurden die Verhandlungen ab April 1992 mit der Russischen Föderation fortgesetzt.

Beide Seiten stimmten darin überein, daß eine enge und effektive Zusammenarbeit der Zollverwaltungen der Bundesrepublik Deutschland und der Russischen Föderation anzustreben ist, besonders zur Bekämpfung des Rauschgift- und Kernmaterialschnuggels, an der beide Staaten zum Schutz der öffentlichen Ordnung und der Volksgesundheit ein elementares Interesse haben. Um eine aus-

reichende Rechtsgrundlage für die im Interesse beider Staaten erforderliche gegenseitige Unterstützung zu schaffen, war der Abschluß eines Vertrages erforderlich. Der Vertrag wurde am 16. Dezember 1992 in Moskau unterzeichnet.

Die im Vertrag getroffenen Vereinbarungen entsprechen weitgehend den in den vorerwähnten Übereinkünften getroffenen Regelungen. Regelungen über die Vollstreckung und die Anwendung von Zwangsmaßnahmen (wie z. B. Durchsuchungen und Beschlagnahmen) wurden nicht für erforderlich gehalten.

Bei den Vertragsverhandlungen bestand Einvernehmen darüber, daß der Vertrag nicht die justitielle Rechtshilfe umfaßt. Ferner wurde sichergestellt, daß die Zuständigkeiten der Europäischen Gemeinschaften unberührt bleiben.

II. Besonderes

Artikel 1

Diese Bestimmung enthält Definitionen.

Unter Nummer 1 ist der Begriff „Zollvorschriften“ im Sinne des Vertrages erläutert. „Zollvorschriften“ sind danach alle Rechtsvorschriften über die Einfuhr, Ausfuhr und Beförderung von Waren, einschließlich Hand- und Reisegepäck sowie Postsendungen, über nationale Grenzen sowie alle sonstigen Rechtsvorschriften, die von der jeweiligen Zollverwaltung durchgesetzt oder ausgeführt werden. Dies sind vor allem die Rechtsvorschriften, die sich auf Zölle oder alle sonstigen Abgaben oder Erstattungen oder Verbote und Beschränkungen, Genehmigungen und Kontrollen des grenzüberschreitenden Warenverkehrs beziehen. Dazu gehören auch die in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Vorschriften über Abschöpfungen und Erstattungen bei der Ein- und Ausfuhr von Erzeugnissen, für die gemeinsame Marktorganisationen oder Regelungen zur Ergänzung oder Sicherung solcher Marktorganisationen bestehen. Ferner gehören hierher eine Vielzahl von Gesetzen nichtfiskalischer Art, die Verbote und Beschränkungen für die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waren enthalten, sowie Vorschriften über strafrechtliche Verbringungsverbote und Verbringungsverbote aus Staatsschutzgründen.

In Nummer 2 wird festgestellt, daß Zollverwaltungen im Sinne des Vertrages in der Bundesrepublik Deutschland die Bundeszollverwaltung und in der Russischen Föderation das staatliche Zollkomitee der Russischen Föderation sind.

Nach Nummer 3 ist eine „Zollzuwiderhandlung“ im Sinne des Vertrages jeder Verstoß oder versuchte Verstoß gegen die Zollvorschriften.

In den Nummern 4 und 5 wird festgelegt, welche Suchstoffe und psychotropen Stoffe von dem Anwendungsbereich des Vertrages erfaßt werden.

Artikel 2

Der Anwendungsbereich des Vertrages wird in Artikel 2 bestimmt.

Nach Absatz 1 werden sich die Vertragsparteien gegenseitig nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Vertrages und der jeweiligen innerstaatlichen Rechtsvorschriften über ihre Zollverwaltungen Unterstützung leisten. Die innerstaatliche Zuständigkeit der deutschen Zollverwaltung wird dadurch nicht erweitert.

Ferner werden die Bereiche aufgeführt, in denen im Rahmen dieses Vertrages Unterstützung zu leisten ist. Es ist dies zunächst der Bereich der Erleichterung und Beschleunigung des Warenverkehrs zwischen den beiden Staaten. Da dieser Bereich die Erleichterung und Beschleunigung der Grenzabfertigung beinhaltet, ist dabei zu berücksichtigen, daß insoweit grundsätzlich die Zuständigkeit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gegeben ist (vgl. hierzu Artikel 3 Abs. 2). Aufgrund dessen werden Fragen der Grenzabfertigung weitgehend im Einvernehmen mit der Europäischen Gemeinschaft zu regeln sein. Die übrigen Bereiche der Unterstützung betreffen Verfahren wegen Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften, soweit die Zollverwaltung dafür zuständig ist, sowie Ermittlungs-, Festsetzungs-, Rechtsbehelfs- und Rechtsmittelverfahren im Zusammenhang mit der Tarifierung, Bewertung und anderen für die Anwendung der Zollvorschriften wesentlichen Merkmalen.

Absatz 2 stellt klar, daß die Zusammenarbeit aufgrund anderer Übereinkünfte und Vorschriften unberührt bleibt. Durch die ausdrückliche Erwähnung der justitiellen Rechtshilfe in Strafsachen in diesem Zusammenhang wird zusätzlich klargestellt, daß der Vertrag sich im wesentlichen mit der Verwaltungshilfe befaßt und Zuständigkeiten der Justizbehörden nicht berührt werden.

Artikel 3

Die in Absatz 1 vorgesehene Zusammenarbeit zur Erleichterung und Beschleunigung des Warenverkehrs setzt das gegenseitige Einvernehmen voraus. Durch den Hinweis auf die Zuständigkeiten der Europäischen Gemeinschaften in Absatz 2 ist sichergestellt, daß insbesondere die Maßnahmen auf dem Gebiet der Vereinfachung von Zollformalitäten nicht im Widerspruch zum EG-Recht getroffen werden können.

Artikel 4

In Absatz 1 ist zusammenfassend geregelt, daß die Zollverwaltungen sich gegenseitig unaufgefordert oder auf Ersuchen die in den Folgeartikeln 5 bis 9 näher geregelten Informationen erteilen.

Um Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften erfolgreich verhindern, ermitteln und verfolgen sowie die Verwaltungsabläufe so effektiv wie möglich gestalten zu können, sieht Absatz 2 vor, daß sich die Zollverwaltungen über neue Mittel und Methoden bei der Begehung von Zollzuwiderhandlungen sowie über wesentliche Änderungen ihrer Zollvorschriften und die Anwendung von technischen Hilfsmitteln unterrichten.

Artikel 5

An der Bekämpfung des Schmuggels und des illegalen Handels mit Suchstoffen und psychotropen Stoffen besteht ein besonders starkes allgemeines Interesse. Daher ist in den Absätzen 1 und 2 im wesentlichen vorgesehen, daß sich die Zollverwaltungen der Vertragsparteien auch unaufgefordert alle Auskünfte über Personen und Beförderungsmittel sowie über die im Zusammenhang mit dem Rauschgiftschmuggel gewonnenen Erfahrungen mitteilen, die für die Zollverwaltung der anderen Vertragspartei bei der Erfüllung ihrer Aufgabe von Interesse sein könnten.

Um eine uneingeschränkte Auswertung der in diesem Bereich erhaltenen Auskünfte zu ermöglichen, sieht Ab-

satz 3 vor, daß die erlangten Erkenntnisse an alle mit der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität sowie mit der übrigen Rauschgiftproblematik befaßten Verwaltungen (z. B. Polizei, Gesundheitsbehörden u. a.) weitergegeben werden dürfen. Durch diese Regelung wird eine Datenübermittlung auch in den Fällen ermöglicht, in denen grundsätzlich nationale Geheimhaltungsvorschriften (wie z. B. das Steuergeheimnis nach § 30 Abgabenordnung) bestehen. Eine erfolgreiche Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität ist nur durch ein enges Zusammenwirken aller damit befaßten Verwaltungen möglich.

Die in Absatz 4 vorgesehene Durchführung von kontrollierten Lieferungen von Suchtstoffen und psychotropen Stoffen wird von beiden Vertragsparteien als eine besonders geeignete Maßnahme zur Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität angesehen. Durch die Bezugnahme auf das innerstaatliche Recht wird sichergestellt, daß bei der Verwirklichung solcher Maßnahmen die jeweiligen nationalen Rechtsvorschriften Anwendung finden. Die Anwendung der Methode der kontrollierten Lieferung setzt jeweils eine Einzelentscheidung voraus. Eine entsprechende ausdrückliche Festlegung erfolgt in Satz 2. Darüber hinaus wurde auf ausdrücklichen Wunsch der Russischen Föderation in Satz 2 geregelt, daß diese Entscheidung erforderlichenfalls finanzielle Absprachen, auch im Hinblick auf Gewinnabschöpfung, enthalten kann.

Eine Beteiligung der Russischen Föderation an einem etwaigen abgeschöpften Gewinn aufgrund einer nach Satz 1 in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführten Maßnahme ist durch die deutsche Zollverwaltung jedoch derzeit aus Rechtsgründen nicht möglich, da aufgrund der Justizhoheit und der föderativen Struktur die Rechte bzw. das Eigentum bei Anordnung des Verfalls bzw. der Einziehung gemäß den §§ 73 d, 74 StGB auf die Länder übergehen. Deshalb wurde in der Protokollnotiz zu dem vorliegenden Vertrag festgehalten, daß vor einer Anwendung des Artikels 5 Abs. 4 Satz 2 zunächst die innerstaatlichen Rechtsvoraussetzungen geschaffen sein müssen (vgl. Vereinbarte Protokollnotiz zu dem Vertrag vom 16. Dezember 1992). Eine diesbezügliche Initiative der deutschen Zollverwaltung ist vorgesehen.

Nach Absatz 5 besteht die Möglichkeit, den Anwendungsbereich des Vertrages auch auf die Substanzen, die zur Herstellung von Suchtstoffen und psychotropen Stoffen dienen, auszudehnen.

Artikel 6

An der Bekämpfung des Schmuggels und illegalen Handels mit bestimmten Waren (insbesondere Waffen, Munition, Sprengstoffe und -vorrichtungen, besonders wertvolle Kunstgegenstände und Antiquitäten, Giftstoffe, umweltbelastende Stoffe, hochsteuerbare Waren, wie z. B. Tabak- und Alkoholerzeugnisse, sowie nach entsprechender Abstimmung auch Waren von erheblicher Bedeutung, die außertarifären Beschränkungen, wie z. B. Verboten und Beschränkungen, unterliegen) besteht abgesehen von dem Rauschgiftschmuggel (vgl. hierzu Artikel 5) ebenfalls ein besonders starkes allgemeines Interesse. Daher ist für diesen Bereich auch unter Berücksichtigung des Artikels 19 Abs. 2 des Vertrages vom 9. November 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit (BGBl. 1991 II S. 702), der im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutsch-

land und der Russischen Föderation fortgilt, vorgesehen, daß sich die Zollverwaltungen der Vertragsparteien bezüglich solcher Waren auch unaufgefordert alle Auskünfte über festgestellte oder geplante Handlungen mitteilen, die gegen die Zollvorschriften der anderen Vertragspartei verstoßen oder verstoßen können und für die Zollverwaltung der anderen Vertragspartei bei der Durchführung ihrer Aufgaben von Interesse sein könnten.

Artikel 7

Um die Einhaltung der Zollvorschriften insgesamt sicherzustellen und um Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften soweit wie möglich ermitteln, verhindern und verfolgen zu können, erteilen sich die Zollverwaltungen nach Absatz 1 unter Beifügung der in Betracht kommenden Unterlagen alle sachdienlichen Auskünfte.

Absatz 2 regelt die Erteilung von Bescheinigungen. Bei der Ausfuhr von Waren werden häufig Erstattungen oder Vergünstigungen unter bestimmten Auflagen gewährt (z. B. Erstattungen bei der Ausfuhr von Marktordnungswaren in vorgeschriebene Länder, Verbleib von ausfuhrgenehmigungspflichtigen hochtechnologischen Erzeugnissen). Zweifel, ob solche Waren tatsächlich im anderen Vertragsstaat eingeführt worden und auch verblieben sind, können dadurch beseitigt werden, daß die ordnungsgemäße Einfuhr auf Ersuchen bestätigt wird. Der letzte Satz stellt klar, daß die Bescheinigung auch dann erteilt wird, wenn die Ware nicht im anderen Vertragsstaat verblieben ist (z. B. Durchfuhr).

Gemäß Absatz 3 unterrichten sich die Zollverwaltungen außerdem auf Ersuchen darüber, ob die zur Zollabfertigung vorgelegten Belege (z. B. Ursprungszeugnisse) der anderen Vertragspartei echt und inhaltlich zutreffend sind.

Artikel 8

Bescheide und Entscheidungen der Zollverwaltungen werden zur Zeit in der Regel auf dem diplomatischen Weg im anderen Vertragsstaat zugestellt. Artikel 8 soll eine einfachere Möglichkeit der Bekanntgabe oder Zustellung durch Anwendung des unmittelbaren Geschäftsweges zwischen den Zollverwaltungen der Vertragsparteien eröffnen.

Da in der Russischen Föderation das Innenministerium für die Zustellung oder Bekanntgabe von Bescheiden und Entscheidungen zuständig ist, findet Artikel 8 erst nach Schaffung und Bekanntgabe der innerstaatlichen Rechtsvoraussetzungen durch die Russische Föderation Anwendung (vgl. Vereinbarte Protokollnotiz zu dem Vertrag vom 16. Dezember 1992). Bis zu diesem Zeitpunkt erfolgt die Zustellung und Bekanntgabe von Bescheiden und Entscheidungen der Zollverwaltung im anderen Vertragsstaat weiterhin auf dem diplomatischen Weg.

Artikel 9

Artikel 9 bestimmt, daß die Zollverwaltung einer Vertragspartei auf Ersuchen der Zollverwaltung der anderen Vertragspartei im Rahmen ihrer Zuständigkeit im Zusammenhang mit Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften (vgl. Artikel 2 Abs. 1 Buchstabe c) und der Sicherstellung der zutreffenden Festsetzung von Abgaben und Vergünstigungen (vgl. Artikel 2 Abs. 1 Buchstabe b) Überprüfungen, Feststellungen und Ermittlungen durchführt und das Er-

gebnis nach Maßgabe des Artikels 7 Abs. 1 der ersuchenden Zollverwaltung mitteilt.

Artikel 10

Ersuchen nach diesem Vertrag sind – wie in Absatz 1 ausgeführt – schriftlich unter Beifügung der zu ihrer Durchführung erforderlichen Schriftstücke zu stellen.

Damit sich die ersuchte Zollverwaltung vergewissern kann, ob ein Ersuchen in den Anwendungsbereich des Vertrages fällt, ist in Absatz 2 geregelt, welche Angaben ein Ersuchen zu enthalten hat.

Artikel 11

Hier sind Geschäftsweg und Zuständigkeit geregelt. Der Schriftverkehr findet danach unmittelbar zwischen den Zollverwaltungen (vgl. Artikel 1 Nr. 2) statt. Die Übermittlung von Ersuchen und die Übersendung von Erledigungstücken auf dem diplomatischen Weg werden dadurch nicht ausgeschlossen.

Artikel 12

Nach Absatz 1 dieser Bestimmung ist bei Durchführung der Unterstützungsmaßnahmen und der Erledigung der Ersuchen das Recht der ersuchten Vertragspartei anzuwenden. Damit werden insbesondere auch die Bestimmungen über das Steuergeheimnis, das Außenwirtschaftsrecht und das Amtsgeheimnis, abgesehen von Artikel 5 Absatz 3, für anwendbar erklärt. Es wird klargestellt, daß zur Erledigung von Ersuchen es auch zulässig ist, Kopien von Schriftstücken und sonstigen Unterlagen an die ersuchende Zollverwaltung herauszugeben. Die ersuchte Zollverwaltung hat alle zur Durchführung der Ersuchen erforderlichen behördlichen Maßnahmen herbeizuführen. Zwangsmaßnahmen wie Beschlagnahmen und Durchsuchungen sind jedoch nicht anwendbar.

Absatz 2 sieht vor, daß im Falle der Verweigerung der Unterstützung wegen bestimmter Hinderungsgründe etwaige für das Verfahren der ersuchenden Zollverwaltung förderliche Erkenntnisse, die nicht aus den in Artikel 15 Abs. 1 genannten Gründen zurückgehalten werden müssen, mitzuteilen sind.

Artikel 13

Hier wird klargestellt, daß die aufgrund dieses Vertrages erhaltenen Auskünfte und Unterlagen als Beweismittel verwertet werden dürfen. Ihr Beweiswert und ihre Verwen-

dung vor Gericht (z. B. Verlesbarkeit in der Hauptverhandlung) richtet sich nach dem innerstaatlichen Recht.

Artikel 14

Artikel 14 enthält in Verbindung mit der Anlage zum Vertrag umfassende Bestimmungen zum Schutz von personenbezogenen Daten, die nach diesem Vertrag übermittelt werden. Die Bestimmungen gewährleisten insgesamt ein hohes Schutzniveau.

Artikel 15

Absatz 1 bestimmt, aus welchen Gründen und unter welchen Voraussetzungen eine Unterstützung ganz oder teilweise versagt oder von der Erfüllung bestimmter Bedingungen abhängig gemacht werden kann.

Absatz 2 sieht die Möglichkeit einer Unterstützung auch für die Fälle vor, bei denen es an der Gegenseitigkeit mangelt.

Artikel 16

Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung wird weitgehend auf Kostenerstattung zwischen den Vertragsparteien verzichtet. Ausgenommen von dieser Regelung sind Entschädigungen für Zeugen, Sachverständige sowie für freiberufliche Dolmetscher und Übersetzer.

Artikel 17

Nach Absatz 1 erlassen die Zollverwaltungen der Vertragsparteien die Durchführungsbestimmungen zur Anwendung des Vertrages nach vorheriger gegenseitiger Abstimmung.

Absatz 2 sieht vor, daß Vertreter der Zollverwaltungen im Bedarfsfall Fragen erörtern, die sich bei der Auslegung und Anwendung des Vertrages ergeben. Die Lösung von Meinungsverschiedenheiten auf diplomatischem Weg wird dadurch nicht ausgeschlossen.

Artikel 18

Artikel 18 regelt den räumlichen Geltungsbereich des Vertrages.

Artikel 19

Dieser Artikel enthält die üblichen Schlußbestimmungen über Ratifikation, Inkrafttreten und Kündigung des Vertrages.

25.02.94

Stellungnahme

des Bundesrates

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 16. Dezember 1992
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Russischen
Föderation über die Zusammenarbeit und die gegenseitige
Unterstützung der Zollverwaltungen

Der Bundesrat hat in seiner 666. Sitzung am 25. Februar 1994 gemäß Artikel 76 Abs. 2
des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu
erheben.